

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **35 (1945)**

Heft 26

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE **R**UNDSCHAU

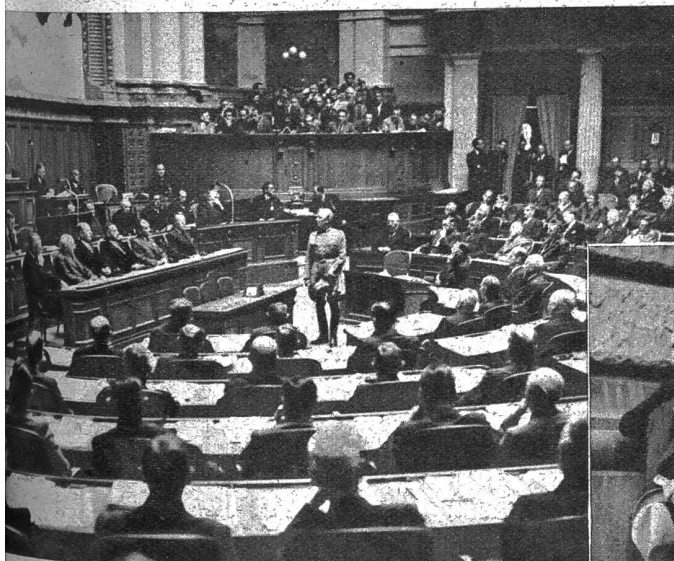
Einladung an Moskau

-an- In seiner Darlegung über die Lage der Russen in unsern Internierungslagern sagte Bundesrat Petitpierre, dass jederzeit eine alliierte Kommission diese Lager inspizieren könne, und dass uns mit angelsächsischen Delegierten selbstverständlich auch Russen willkommen wären. Das ist also eine förmliche Einladung, welche die Würde zu wahren gewillt ist: Wir haben nichts zu verstecken, haben also keinerlei «Ueberwachung» nötig, werden also selbstverständlich nicht darum bitten, stellen jedoch die Besichtigung jedermann, der sich ehrlicher Weise ein eigenes Bild machen will, frei. Möglicherweise hätte der Bundesrat geradliniger vorgehen und eine russische, nicht eine gesamt-alliierte Delegation verlangen sollen, mit dem ausgesprochenen Zwecke, endlich die über das Los der Russen verbreiteten Ungeheuerlichkeiten endgültig Lügen zu strafen. Vielleicht geraten wir noch in eine Lage, die uns zu solch energischer Forderung zwingt. Denn offensichtlich werden wir in Moskau absichtlich oder fahrlässigerweise nicht verstanden. Das beweist die geradezu groteske Kommentierung der Rede Petitpierres in der «Prawda». («Prawda» bedeutet auf deutsch «Wahrheit», soviel wir wissen.)

Wer die Auszüge aus diesem Kommentar in unsern Zeitungen gelesen, musste entweder lachen, oder die Röte stieg ihm ins Gesicht. Bundesrat Petitpierres Rede soll «durch ihre unverschämte Frechheit aufgefallen» sein —

nach der Ansicht des Kommentators. Dabei war sie ein Muster an Sachlichkeit und Ehrlichkeit, Wohlwollen und Bereitschaft zu jedem anständigen Entgegenkommen. Herr Petitpierre hat mit fast allzu schweizerischer Offenheit zugegeben, dass — wie dies bei Lagern unter militärischer Bewachung selbstverständlich sein sollte — auch Hunde vorhanden seien, die man die Internierten in dringenden Fällen habe sehen lassen, dass aber kein Tier je einen von ihnen gebissen habe. Daraus macht die «Prawda», «es würden Hunde auf die Internierten gehetzt, und der Sprecher des Bundesrates finde das ganz in Ordnung». Ob er meine, «er könne die Gefühle der russischen Untertanen ungestraft beleidigen»? Seine Rede sei «unverschämt und zynisch!» Im «Vowilerhaus» (sowas entsteht aus «Wauwilermoos» in der «Prawda») sei der Rotarmist Kondratjew «in brutaler Weise getötet worden». Petitpierre hatte auch diesen Fall offen besprochen, so offen, dass in Moskau behauptet wird, der Bundesrat finde das wie «alle andern Brutaltäten» durchaus in der Ordnung. Er wetteifere mit Hitler in der Behandlung der Internierten. Die Erwähnung, dass der Alkohol oft genug die Schuld an Zwischenfällen getragen, wird als «fascistische Erfindung», deren Geruch man von weitem rieche, abgetan.

Inzwischen haben sich die Russen einverstanden erklärt, eine Kommission zur Untersuchung der Lagerverhältnisse in die Schweiz zu schicken, ansonst hätten wir uns gezwungen gesehen, in einer offenen Note die Alliierten aufzufordern, Transportmittel zu stellen, damit wir die Leute ins russisch besetzte Deutschland spedieren können. Eines Tages wird ja der «Prawda» von Stalin ebenso «Schweigen punkto Schweiz» befohlen werden, so wie Ilja Ehrenburg Befehl erhielt, seine Gleichsetzung von Nazis und Deutschen abzustoppen. Das wird dann sein, wenn die Russen von uns das erhalten haben, was sie bezwecken — was wir bis zur Stunde nicht wissen. Bis dahin kann aber die halboffizielle «Prawda», die als dementierbares



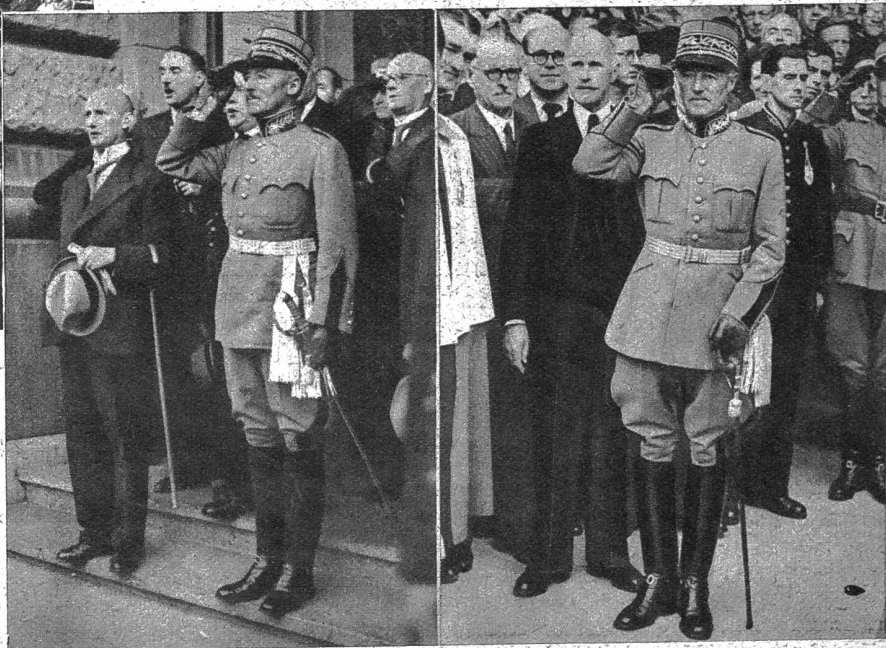
General Guisan, vor der Vereinigten Bundesversammlung, während der Ansprache des Präsidenten Pierre Aebly

Der Rücktritt des Generals

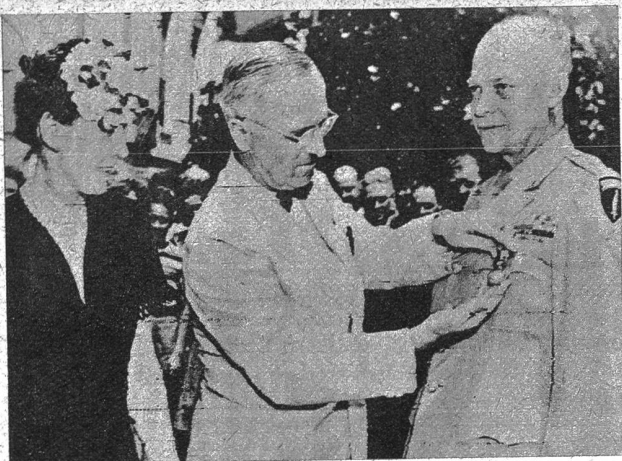
Unter dem Vorsitz von Nationalratspräsident Aebly trat am Mittwochmorgen, den 20. 6. 1945, die Vereinigte Bundesversammlung zur Entgegennahme des Rücktritts des Generals zusammen. Alle Bundesräte waren erschienen, und die Plätze der Ratsmitglieder sowie die Tribünen waren vollbesetzt.

In seinem Rücktrittsschreiben hatte General Guisan vorgeschlagen, abgesehen von unerwarteten Ereignissen, den Aktivdienst auf den 20. August abzuschliessen. Er ersuchte ihn gleichzeitig vom Kommando des Oberbefehlshabers der Armee zu entlassen.

Die Bundesversammlung hat einstimmig dem Antrag des Generals entsprochen. In einer an General Guisan gerichteten Ansprache des Nationalratspräsidenten wurde dem General der Dank für die geleisteten hervorragenden Dienste ausgesprochen und General Guisan als unser grosser Soldat und Bürger gefeiert. Der General erwiderte, dass er nichts weiter getan habe, als seine Pflicht als Soldat, der die Aufgabe übernommen hatte, unser Land vor jedem Angriff zu schützen.



Fast auf den Tag genau sechs Jahre nachdem Henri Guisan von der Vereinigten Bundesversammlung zum General der schweizerischen Armee gewählt wurde und seinen Treueid leistete, hat wiederum das Gesamtparlament des Bundes das Rücktrittsgesuch gutgeheissen. Die sechs Jahre, die dazwischen lagen, haben General Guisan nicht nur die Hochachtung, sondern auch die Verehrung und Liebe des gesamten Schweizervolkes gebracht, das weiss, dass es die Freiheit und Unabhängigkeit nicht zuletzt seinem ersten Soldaten zu verdanken hat. Links: Umgeben von den Bundesräten Etter, Minger, Motta und Pilet tritt am 30. August 1939 der neugewählte General aus dem Bundeshaus; die Volksmenge singt ergriffen die Landeshymne. Rechts: Unbeschreiblich ist der Jubel der Menge, welche am 20. Juni 1945 dem General dankt für die geschickte Führung in schwerster Zeit (ATP)



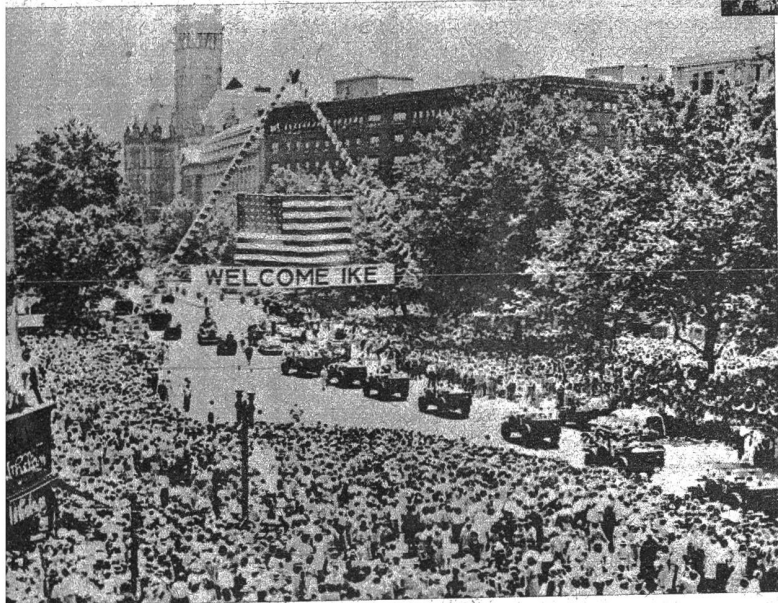
Beinahe erdrückt wurde der Besieger der Achse, General Dwight D. Eisenhower, als er, erstmals seit seiner Uebernahme des Oberkommandos in Europa, wieder nach Amerika zurückkehrte. Im Rosengarten des Weissen Hauses heftete ihm Präsident Truman persönlich die Verdienstmedaille an, was Eisenhowers Gattin, sichtlich bewegt, mit anschaut (ATP)



Nationaler Concours hippique in Thun

Als eigentlicher Triumphant ist Hptm. Mylius mit seiner bewährten „Uezburg“ hervorgegangen, siegte er doch nicht nur im Jagdspringen, sondern auch im heissumstrittenen Armeepreis (ATP)

Ueber Mittag fand die traditionelle Wagenfahrt statt, an welcher erstmals auch Bundesrat Petitpierre teilnahm, der die jubelnde Menge freundlich begrüßte. Vor ihm seine Gattin, rechts Oberstkorpskommandant Borel (ATP)



General Eisenhowers Heimkehr nach Amerika gestaltete sich zu einem Triumphzug und zu einer Freudenkundgebung, für die es überhaupt keine Vergleiche gibt. Selbst der „victory day“ wurde übertroffen! In Washington ist ein Triumphbogen mit der Anschrift „Willkommen Ike“ (Ike ist Eisenhowers Kosenname) gespannt worden. Im Jeep stehend, grüsste der Sieger über die Achse nach allen Seiten (ATP)

Scharfmacherblatt aussenpolitische Einschüchterungsartikel zu schreiben hat, noch viel vergiften und die Behauptung, der Bundesrat werde eines Tages «zur Verantwortung für die fascistischen Untaten gezogen», in gefährlicher Weise steigern. Deshalb: Die Russen sind dringend einzuladen!

Polnische Einigung

Zwar sagt die Londoner Exilregierung, in Moskau wäre eine Lösung zustande gekommen, welche Polen in eine russische Provinz verwandle. Die Unterzeichner des Abkommens hätten die «bedingungslose Ergebung» beschlossen. Allein es dürfte die letzte oder eine der letzten Demonstrationen der «Russenhasser» — besser vielleicht Rusfürchter — in London sein. Denn bereits hat sich Washington beeilt, ihre Beziehungen zum Kabinett Arciszewski in London abubrechen, die «alte Regierung» also nicht mehr anzuerkennen, dagegen das neue, in Warschau zusammen tretende Kabinett nach den Vereinbarungen von Jalta als neue «provisorische Regierung Polens» zu begrüßen. Dasselbe werden die Engländer tun. Um dem neuen Gebilde gleich von Anfang an ein moralisches Plus zu verschaffen, sollen Delegierte Polens nach San Franzisko fliegen und dort mit den andern «Vereinten Nationen» die neue «Welt-

charta» unterzeichnen helfen. Als einundfünfzigste Nation, wenn richtig gezählt worden ist.

Haben die Exilanten in London recht oder sehen sie nur Gespenster, infolge der Brillen, die sie tragen? Der Brillen, die getrübt sind durch schwere Dünste historischer Zeiten und Ereignisse schwerer jüngster Jahre. Der Posten des Premiers und drei Viertel aller Ministerposten seien in den Händen der «Lubliner Kommunisten» verblieben, sagen die Exilanten. Bedeutet dies, dass alle, die bei der Einigung mitwirkten und in der neuen Regierung vertreten sein werden, Stalin ins Garn gegangen? Dass sie als Vogelscheuchen wirken werden? Dass die «russenhörige kommunistische Partei» sie einfach auffressen wird? Die Frage, ob auch die Arciszewski-Gruppe von der Regierung der «nationalen Union» zur Heimkehr eingeladen werde, wie dies schon heute allen demokratischen gesinnten Elementen gegenüber geschehen ist, braucht gar nicht aufgeworfen zu werden. Die «Unversöhnlichen» wollen draussen bleiben. Ihre Furcht ist die GPU der Russen, und keine Versprechungen werden sie überreden können. Genau wie von den 30 000 prodeutsch gesinnten baltischen Flüchtlingen in Schweden nur 50 freiwillig nach Estland und Lettland zurückkehren wollen, werden alle «anti-russischen» und «antikommunistischen» Repräsentanten der früheren Polenpolitik «draussen» sein.

Und das, obgleich die *verhältnismässige Milde der Urteile gegen Ockuliski und Genossen* (sie waren entgegen der ursprünglichen Nachricht doch nicht freigelassen worden), beruhigend wirken könnte. Die Gruppe um Arciszewski nimmt an, die zehn Jahre Gefängnis für den Hauptangeklagten Ockuliski seien Köder für die Naiven. Man mime «Amnestie» für alle Teilnehmer am Warschauer Aufstand und an der Organisation eines national-eigenen Widerstandes gegen Deutsche und Russen, und habe man sie, würden sie gnadenlos vernichtet...

Das neue polnische Kabinett hat als Premier den Chef der bisherigen Lubliner Regierung, Obsuka-Morawski, den Befürworter einer Einigung mit den Russen um jeden Preis, unter Anerkennung der Abtretung aller weissrussischen und ukrainischen Gebiete, Wilna und Lemberg eingeschlossen. Morawski dürfte ebenso konsequent die Austreibung der deutschen Ele-

mente, vor allem der besitzenden, aus Westpreussen, Posen und dem bisher polnischen Oberschlesien, aber auch aus den zu anektierenden deutschen Gebieten östlich der Görlitzer Neisse und der untern Oder betreiben. Unter den sogleich vom neuen Kabinett beschlossenen *Programmpunkten ihres einzuschlagenden politischen Kurses* steht die *Aufteilung des Grossgrundbesitzes* obenan. Mit einer solchen Aufteilung verbindet sich zwangsweise die Zuteilung bisher deutschen Grundbesitzes an landlose polnische Bauern, die sich zwischen die deutschen Elemente einschoben. Werden dann auch noch die gebildeten städtischen Elemente hinausgedrängt, kann sich in wenigen Jahren das gesamte völkische Bild östlich der neuen Polengrenze völlig ändern. Polen in allen bedeutenden staatlichen und wirtschaftlichen Stellungen, ein deutsches Proletariat, das entweder mit den polnischen auf internationaler Basis zusammenarbeitet oder «den deutschen Maschinen nach» in den russischen Osten abwandert, wie im letzten Jahrhundert nach den USA — und das Resultat nach einem halben Menschenalter der kompakte polnische Volksblock in den Sitzen, die vor bald tausend Jahren den Stämmen gehörten, aus welchen die «polnische Nation» wurde.

Entsprechend der Bedeutung der Bodenenteignung zugunsten der Bauern ist der Anteil der Bauernpartei an der provisorischen Regierung. Ihr Hauptvertreter, *Mikolajczyk*, wird erster Vizepräsident, dazu bekommt er das Ministerium für Landwirtschaft und Landreform. Ein weiterer Bauernführer, *Kiernik*, wird Innenminister, ein dritter, *Wyciech*, Erziehungsminister, ein vierter, *Thugutt*, Postminister. Der Sozialist *Stanczyk* übernimmt das Ministerium der sozialen Fürsorge, während der Demokrat *Rzymowski*, welcher der Lubliner Regierung (die durch-

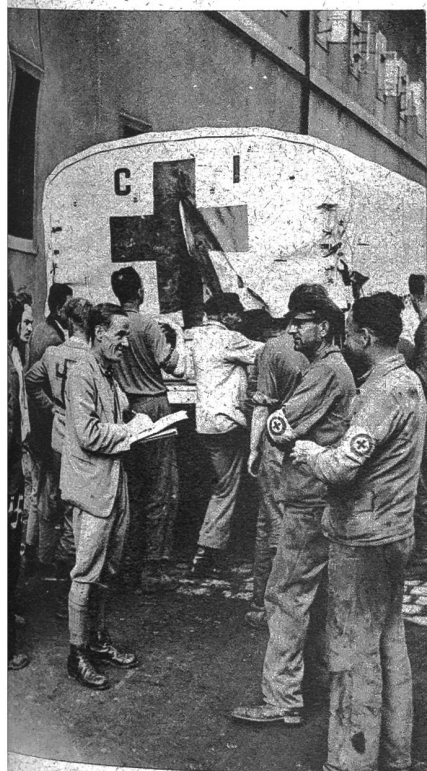
aus nicht einheitlich kommunistisch gewesen), angehörte,

die Aussenpolitik führt und nach der Lage der Dinge im Sinne der Freundschaft mit Moskau ausrichten muss. Vielleicht ist noch wichtiger als die Zusammensetzung des Kabinetts der Umstand, dass der neue polnische Staat eine Art über dem Ministerium stehendes Direktorium, «ein Präsidium von fünf Personen», kennen wird. Darin sollen ausser den «Lublinern» *Bierut*, *Grabski*, *Szwalbe* ein Parteiloser und der 77jährige «Bauernkönig» *Witos* sitzen. Die Funktion dieser Fünf wäre eine konstante, von keinerlei Kabinettsstürzen unterbrochene Koordinierung der Parteien — etwas, das den «Demokratien» nach französischer Art gefehlt hat.

Die Probe aufs Exempel des neuen Kurses werden die neuen allgemeinen Wahlen für die konstituierende Versammlung sein, aus welcher eine neue Verfassung und eine endgültige Regierung hervorgehen sollen. Bis zur Durchführung dieser Wahlen müssten die Londoner Exilanten eigentlich ihre Kritik zurückstellen.

Die internationale Bedeutung der Einigung

darf nicht unterschätzt werden. Zwar steht nach allem, was die letzten Wochen an neuen Ereignissen brachten, der Wille der «grossen Drei», den Frieden um jeden Preis zu gewinnen, fest. Aber die gutwillige Bereitschaft des Kremls, auch das über Polen abgegebene Versprechen von Jalta in loyaler Weise zu erfüllen, hat doch in der ganzen Weltöffentlichkeit wie ein handgreiflicher Beweis des wirklichen guten Willens gewirkt. Selbst wenn die Londoner Polen behaupten werden, Wahlen könnten kein richtiges Bild der Volksmeinung ergeben, solange die im Westen stehenden Divisionen nicht heimgekehrt seien — und solange ein einziger russischer Soldat auf Polens Bo-



Rechts: Die Schweizer in Prag sind guter Dinge, obwohl sie in bezug auf Nachrichten aus der Heimat nicht verwöhnt werden. Ein Liebesgaben-Transport aus Genf gibt dem Personal des Schweizerkonsulates eine willkommene Gelegenheit, Neuigkeiten zu erfahren und Grüsse aufzugeben, ein Anlass, für den auch die russische Bewachung, mit der sich die Schweizer schon recht gut verstehen, volles Verständnis hat

Links: Theresienstadt ist zu einer traurigen Berühmtheit gelangt, nachdem man erfahren hat, dass die Insassen, die seinerzeit von den Deutschen im Konzentrationslager gemartet wurden, sozusagen von Glück reden konnten, dass sie nicht in ein anderes KZ gesteckt wurden, wo es noch viel schlimmer war. Jetzt haben die Russen einige Nazis, denen das Hakenkreuz nicht nur aufgemalt, sondern auch mit dem Rasiermesser aufs Haupt gesteckt wurde, ins Lager gesteckt



Hitler-Jungens sollen arbeiten! Ein Truppenvorbeimarsch, bei dem es sowohl tschechische wie russische Streitkräfte in voller Ausrüstung zu bestaunen gab, hat in Prag stattgefunden. Fliegende Tribünen wurden aufgestellt, und jetzt müssen die Hitler-Jungens, die übrigens wie die grossen Nazis durch Hakenkreuze gekennzeichnet, wenn auch immerhin nicht entsprechend geschoren sind, den provisorischen Bau demontieren und das Holz abschleppen. Sie tun sich dabei aber nicht sonderlich weh (ATP)

Erster Blick hinter den „Eisernen Vorhang“

Für Amerikaner, Engländer und Franzosen ist die Zone jenseits der Demarkationslinie verbotenes Land. Was dort vor sich geht, weiss man nicht, man erhält nur ab und zu, sozusagen tropfenweise, Nachrichten aus dem von den Russen besetzten Teil des einstigen Dritten Reiches, Meldungen, die sich zudem in den meisten Fällen zu widersprechen scheinen. Wenn es uns trotzdem gelungen ist, einen Blick sozusagen durch ein kleines Guckloch im «Eisernen Vorhang», der längs der Demarkationslinie zwischen Ost und West errichtet wurde, verdanken wir dies einem glücklichen Zufall, der um so absonderlicher ist, als diesen Blick auch die «Augen» unserer Kamera riskieren konnten.

den stehe — wird man in London und Neuyork nicht an der Güte der Moskauer Lösung zweifeln und Stalin mehr als je als Garanten des neuen Weltaufbaus betrachten.

Es ist übrigens seltsam, wie das immer wieder verwischte Bild Stalins jedesmal, wenn es im Dunkel eines geheimnisvollen Hintergrundes zu verschwinden scheint, von der geschickten russischen Propaganda «aufgehellt» wird. Man liest, dass die russischen Plakate in der deutschen Hauptstadt den Spruch Stalins tragen: «Die Hitlers kommen und gehen, aber das deutsche Volk bleibt». Oder: «Es ist ein Irrtum, das Naziregime und das deutsche Volk zu verwechseln». Es sind diejenigen Schlagworte, die mehr als alle andern verraten, mit welcher Zielsicherheit und mit welcher Konstanz die russische Politik ihre Arbeit im besetzten Reiche aufgenommen hat. Die West-Alliierten werden automatisch in dieselbe Linie gezwungen werden, und zwar, weil sie in ihren Erwägungen, wie Deutschland behandelt werden solle, keine so klare Linie gefunden haben.

Die Einigung von Moskau hat stattgefunden, ohne dass sich der britische und amerikanische Botschafter *Kerr* und *Harrimann* oder *Molotov* — die «Dreier Polen-Kommision» — persönlich eingemischt hätten. Stalin selbst hat sich vollkommen im Hintergrunde gehalten. Dennoch ist wiederum er der Gewinnende — als der «väterlich Gewährenlassende», der sich gegenüber Churchill und dem verstorbenen Roosevelt untadelig loyal zeigte. Nachdem er die Polen endlich weich und bereit gekriegt selbstverständlich! Aber er hat, was er gewollt: Die nicht mehr gegen Russland agierende — und doch vom Westen anerkannte und von diesem Westen gleichsam ihm gutgeschriebene Polenregierung!

In San Franzisko

wird dieser von allen Mächten als Erfolg angesehener Schluss der Diskussion um Polen die Atmosphäre wie nichts anderes verbessern. Man wird mit Moskau zufrieden sein und ihm Wechsel auf die Zukunft ausstellen: In der japanischen Frage, die man in Neuyork sowieso zu

lösen hofft, ohne Moskau danken zu müssen — in der chinesischen Frage, die nach einer jüngst erfolgten Veröffentlichung über China ein ganz neues und interessantes Gesicht zu bekommen scheint.

Es zeigt sich nämlich, dass Amerika den Tschungking-Staat gar nicht mehr wie vor zwei oder drei Jahren als künftige vollwertige Grossmacht im Konzert der Grossmächte zu sehen wünscht. Einmal, weil diese Untersuchungen gezeigt haben, dass Tschang-Kai-Scheck (er ist inzwischen als Ministerpräsident von dem Finanzgenie Soong abgelöst worden), grosse militärische Kräfte und geliehenes amerikanisches Kriegsmaterial gegen die kommunistischen Provinzen des Nordens eingesetzt hat, statt gegen die Japaner. Da sich Tschungking, von der gesellschaftlichen und politischen Lage in der konservativen Provinz Szetschwan gedrängt, an die halbfeudalen Kriegsherren und Landbesitzer angeschlossen hat, drohen dem Lande künftig schwere soziale Störungen. Demgemäss zweifelt USA heute stark an der Wirklichkeit der «kommenden chinesischen Grossmacht von morgen». Und in Konsequenz davon wünscht es die Lage auszunutzen und seinen wirtschaftlichen Einfluss in Südchina in eine Art Vorherrschaft zu verwandeln. Damit beginnt sich die Trennung des grossen Reiches abzuzeichnen: Die russischen Aspirationen auf die Nordhälfte, die ganze Mongolei, die Mandschurei und die angrenzenden Provinzen südlich der grossen Mauer werden nicht mehr so gegenstandslos wie noch vor zwei Jahren.

Im übrigen scheinen sich die Grossmächte auf eine Art neuer «Mandatsherrschaft» in verschiedenen japanischen und chinesischen Gebieten geeinigt zu haben. «Treuhandverwaltung für die Vereinigten Nationen» lautet die neue Formel, und es würden nicht mehr Einzelstaaten regieren — z. B. über Formosa oder Korea —, sondern alle gemeinsam. Also «Kondominium» — *gemeine Herrschaften* — wie weiland in der alten Eidgenossenschaft, als eintzigendes Band der gesamten Staatenwelt... Zur Mitwirkung in einer solchen Rolle scheint Moskau nach der Poleneinigung dem Westen geeigneter als je zu sein!

Eine amerikanische Armeedelegation zu Verhandlungen in Bern eingetroffen

In der Schweiz werden in den nächsten Tagen 250 000 amerikanische Soldaten der Besatzungsarmee erwartet, die in unserem Lande nach den harten Kampftagen für einige Wochen Erholung finden sollen.

Am Mittwochabend traf unter der Führung von Oberst James Wilson eine amerikanische Delegation in der Schweiz ein, um mit den massgebenden Stellen die näheren Einzelheiten zu besprechen. Um Mitternacht wurden die Delegationsmitglieder vom Chef eines Territorialkommandos bei Gümnen empfangen.



Der mitternächtliche Imbiss in Gümnen. Auf der linken Tischseite, als dritten von links, Oberst James Wilson, den Führer der amerikanischen Delegation und hinter ihm der amerikanische Major E. N. Lewis. Im Hintergrund ein Dragonertrupp, welcher mit seinen Fackeln der kurzen Begrüssungsfeier den festlichen Rahmen gab (Ph. P.)

Ganz besonders grossen Eindruck hinterliess bei den amerikanischen Gästen eine Reise aufs Jungfrauoch, wo es ihnen die Polarhunde besonders angetan hatten (ATP)

Rechts: Nach dem offiziellen Empfang der amerikanischen Delegation durch den bernischen Regierungspräsidenten, beabsichtigen die Offiziere unter regierungsrätlicher Führung das Berner Rathaus. Unter den Offizieren befindet sich Col. James Wilson, Col. Hugh Everett und Major George L. Adams, die wir hier im Berner Grossratssaal sehen (Ph. P.)

